Größte Dresdner Morgenzeitung

Verlagsort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Amtsh. 10 Rpf. außerhalb 15 Rpf.
A

Der Freiheitskampf

Amtliche Tageszeitung der NSDAP.

Ist das für seinen Verbreitungsbezirk behördlicherseits bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, Hauptzollämter, der Zollfahndungsstellen, der Reichsbauämter und der Devisenstellen

Bezugspreis: Monatl. 2,40 RM. (einschl. 41 Rpf. Vertriebsanteil bzw. Trägerlohn). Durch die Post 2,40 RM. einschl. 49,70 Rpf. Zeitungsgeb. (zuzügl. 42 Rpf. Bestellgeld). Bei Abholung in unsr. Geschäftsstellen 2 RM. Erscheint täglich mit Ausnahme der Feiertage. Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Bezugsgebühr oder auf Ersatzlieferung.

Nr. 327. Montag, 23. November 1936

Anzeigen f. d. S. Berlo Wettin Schrift

Sachsens Elf weiter ungeschlagen

Sie besiegte die Bayern 2:1
VfB. Leipzig im Pokal-Endspiel

Bezirksklasse Dresden-Bautzen im Vordergrund

Sportfreunde — FV. Sachsen 1:1
Pirna — Meißen 5:1
Freiberg — VfB. 03 6:1
Radebeul — Budissa 3:2

Dresdner Hockeyniederlage gegen Chemnitz

Ausführliche Berichte in unserem großen Sportteil

Todesurteil gegen Reichsdeutschen

Blum sprach am Sarge Salengros - Saalschlacht bei Marienbad - In Madrid wird geplündert

Unerhörter Willkürspruch der Sowjets

Moskau, 22. November

Im Nowosibirsker Schauprozeß wurden am Sonntag sämtliche neun Angeklagten zum Tode verurteilt, darunter auch der deutsche Bergingenieur Stickling. Der Spruch des Gerichts ist als endgültig anzusehen und unterliegt keiner Berufung mehr. Die Angeklagten haben lediglich die Möglichkeit, ein Gnadengesuch einzureichen.

Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von der Schulenburg, hat daraufhin sofort bei der Sowjetregierung eine Demarche unternommen, wobei er die Unglaubwürdigkeit der gegen Stickling erhobenen Anklagen hervorhob und als erste Maßnahme forderte, daß die Durchführung des Gnadengesuches rechtzeitig sichergestellt wird.

Wie „Der Freiheitskampf" bereits im größten Teil der Auflage berichtete, hatte der Schauprozeß in Nowosibirsk am 19. November begonnen. Er richtete sich nach der Anklageschrift gegen die „konterrevolutionäre trotzkistische Schädlingsgruppe des Kemerower Bergwerks". In der üblichen Form von „Geständnissen" und „Selbstbezichtigungen" hatten sich, den russischen Berichten zufolge, die Angeklagten mit Ausnahme des deutschen Ingenieurs Stickling bereitwilligst der ihnen zur Last gelegten Verbrechen für schuldig bekannt. Angeblich sollten sie planmäßig eine Vergasung der Stollen herbeigeführt und dadurch Unglücksfälle mit zahlreichen Opfern veranlaßt haben. Daß die ekelhaften Selbstbeschuldigungen sich haargenau mit dem Wortlaut der Anklageschrift deckten und daß diese wiederum völlig mit den bekannten Propagandathesen übereinstimmten, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Ein Trick der GPU.

Wie inzwischen weiter bekannt wird, wurden dem deutschen Reichsangehörigen Diplomingenieur Hans Wicklein in Charkow in der Nacht zum 17. November von einem ihm bekannten sowjetrussischen Ingenieur eine Reihe Konstruktions-Zeichnungen von Artilleriegeschossen, angeblich zur Beratung über ihre Bearbeitung und Herstellung, übergeben. Fünfzehn Minuten später erschienen Beamte des Innenkommissariats, um Wicklein zu verhaften. Dieser händigte ihnen die Zeichnungen noch vor Beginn der Haussuchung freiwillig aus. Bei der Haussuchung wurden einige mit Schreibmaschine beschriebene, angeblich zu den erwähnten Zeichnungen gehörige Blätter aufgefunden, die Wicklein nicht gehörten und von ihm vorher nicht bemerkt worden waren. Sie enthielten angeblich die Beschreibung der Fabrikanlagen, in der die betreffenden Geschosse hergestellt werden. Die Deutsche Botschaft in Moskau hat gegen diese offensichtliche Provokation sofort Verwahrung eingelegt und die sofortige Freilassung Wickleins verlangt. (Vergl. auch den heutigen Leitartikel.)

Zahlreiche Wolgadeutsche verhaftet

Ein aus Kiew in Warschau eingetroffener Pole, der sich kürzlich in der Wolgarepublik aufhielt, berichtet, daß die GPU. in letzter Zeit unter dem Vorwand gegenrevolutionärer Bestrebungen auch gegen zahlreiche führende Männer der Wolgadeutschen Republik vorgegangen ist.

Neben Tausenden von deutschen Bauern, die bereits vor einiger Zeit in die großen Verbannungslager Ost-Sibiriens gebracht wurden, sind in letzter Zeit in Engels, der Hauptstadt der Wolga-Republik, nahezu sämtliche Schriftleiter der „Nachrichten", des amtlichen Regierungsorgans, ferner der Leiter des „Deutschen Staatsverlages", Willi Leo, der in Deutschland als Leiter des früheren „Rotfrontkämpferbundes" bekannt war, verschiedene Regierungsmitglieder, unter ihnen der Kommissar für das Bildungswesen, und einer der bekanntesten deutschen Wolgakommunisten, Welsch, verhaftet und zu langjähriger Zwangsarbeit verschickt worden.

Warnung an die Welt

Dr. L. Die bolschewistischen Verbrecher haben am Sonntag einen Reichsdeutschen zum Tode verurteilt. Sie haben es gewagt, dieses unglaubliche Urteil gegen einen Mann zu fällen, der seinerzeit auf ausdrücklichen Wunsch der Sowjets nach Rußland gekommen war, um hier als Bergingenieur friedlich seinem Berufe nachzugehen. Wir wissen, daß es bei dieser einen ungeheuerlichen Herausforderung kaum bleiben wird. Die Verhaftung von 23 deutschen Staatsbürgern in Moskau, Leningrad und anderen Orten des „Sowjetparadieses" hat in den letzten Tagen deutlich genug bewiesen, worauf die roten Bluthunde hinauswollen.

Die jüdische Propagandazentrale im Zentralkomitee der bolschewistischen Partei hat es bewußt auf eine Provokation des Deutschen Reiches abgesehen. Mit allen Mitteln des Terrors will man wieder eine Reihe jener berüchtigten Schauprozesse aufziehen, durch die die allgemeine Aufmerksamkeit von jenen Pannen der bolschewistischen Politik abgelenkt wird, die in jüngster Zeit den Moskauer Machthabern arg zu schaffen machten. Auf der einen Seite zwingt die Hungerkatastrophe, die durch die furchtbare Mißernte dieses Jahres in weiten Teilen der Sowjetunion verursacht wurde, zu einem neuen großangelegten Ablenkungsmanöver: man braucht Schuldige, die man für das Versagen des Stachanowschen Antreibersystems der Masse gegenüber verantwortlich machen kann. Der Prozeß gegen die „Trotzkisten" und das 1932 durchgeführte Verfahren gegen die englischen Ingenieure der Metro-Vickers-Werke haben bereits Beispiele für diese Art bolschewistischer „Rechtfertigungsversuche" gegeben. Außerdem aber hat man im Kreml offenbar allen Grund, die Aufmerksamkeit der Welt von jenen Aktionen abzulenken, die das jüdisch-bolschewistische System zur Zeit auf der Iberischen Halbinsel zur Unterstützung der spanischen Gesinnungsgenossen durchführt. Man weiß sehr wohl, daß die Machenschaften der Komintern in den Hauptstädten Europas in den letzten Wochen sehr genau verfolgt worden sind. Die Blamagen, deren sich der Sowjetvertreter in den Verhandlungen des Londoner Nichteinmischungsausschusses mit seinen törichten Vorstößen gegen Deutschland und Italien aussetzte, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Pfeil prallte auf den hinterhältigen Schützen zurück. Die Worte des englischen Außenministers Eden legten dafür ein klares Zeugnis ab: Moskaus verbrecherische Umtriebe sind auch dort durchschaut worden, wo man bisher mit geradezu übertriebener Genauigkeit den Standpunkt strengster, objektivster Neutralität einnahm. Was könnte da den von jeher mit den verwerflichsten Mitteln arbeitenden roten Machthabern gelegener kommen, als ein künstlich geschaffener „Faschistenprozeß", durch den das Interesse der Weltöffentlichkeit von der spanischen Bühne abgelenkt wird!

Um die Anwendung aller Mittel sadistischen Tschekaterrors ist man in Moskau nie verlegen gewesen. Und mit Anklagen ist man bei den Sowjets ohnehin rasch bei der Hand. Was kümmert es die kommunistischen Verbrecher, eine Anzahl friedfertiger ausländischer Spezialarbeiter, die ruhig ihrem Berufe nachgingen, als „Spione" und „Saboteure", ja als angebliche Anstifter gemeiner Morde in die Kerker zu schleppen und vor ein willfähriges Gericht zu stellen! Die GPU. verfügt schon über Methoden, die russischen „Zeugen" zu den gewünschten Aussagen zu zwingen. Solche Selbstbezichtigungen

Krach bei der Salengro-Gedenkfeier

Daladier mußte für 10 Minuten seine Rede unterbrechen – Die Beisetzung in Lille

Paris, 22. November

Am Sonnabendabend veranstalteten die Marxisten in der Pariser Winterradrennbahn eine Versammlung zum Gedächtnis von Innenminister Salengro, der bekanntlich in der Nacht zum Mittwoch Selbstmord begangen hatte. Mehrere Volksfrontminister waren erschienen. Ministerpräsident Blum, der zugesagt hatte, begründete sein Fernbleiben mit „Arbeitsüberlastung" und „Trauerstimmung". Es kamen Vertreter sämtlicher Teile der Volksfront zu Wort.

Der kommunistische Abgeordnete Thorez verlangte in seiner Ansprache das Verbot der „faschistischen Presse" und die Auflösung der Kampfbünde, auch wenn sie sich jetzt als politische Partei tarnten. Im übrigen verlangte er wieder die Aufhebung der „Blockade" gegen die spanischen Bolschewisten.

Der radikalsozialistische Landesverteidigungsminister Daladier erklärte, der Tod Salengros, den Daladier als mutigen Soldaten rühmte, habe allen Franzosen die tödlich wirkende „Niedrigkeit der Verleumdung" vor Augen geführt. Von Thorez aufgestachelt, rief die Menge im Chor immer wieder: „Flugzeuge und Kanonen für Spanien!" „Nieder mit der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich!" „Hinein mit der Volksfrontpresse ins Heer!" Auf diese Weise hinderte sie den Landesverteidigungsminister Daladier zehn Minuten lang an der Fortsetzung seiner Rede, bis Daladier die Bemerkung anbringen konnte, daß die trennenden Fragen an einem anderen Tage und anderswo ausgetragen werden müßten.

Blum droht der Rechten

An den Beisetzungsfeierlichkeiten in Lille nahmen am Sonntagnachmittag die gesamte Regierung, mehrere hundert Kammerabgeordnete und ein Massenaufgebot von Anhängern der Volksfrontparteien teil. Der Sarg mit der sterblichen Hülle Salengros war seit Sonnabend im Rathaus von Lille aufgebahrt. Dort hielt Ministerpräsident Léon Blum am Sonntag seinem einstigen Mitarbeiter einen Nachruf, in dem er sagte, es dürfe nicht dahin kommen, daß das französische Volk noch länger die Seinigen durch eine „nichtswürdige Presse" entwürdigen lasse. Das Volk werde nicht länger dulden, daß „Bandenführer" seine Ehre antasteten. Es werde gegen sie die republikanische Verfassung kräftiger ausbauen.

Nach der Rede Blums wurde der Sarg zum Friedhof übergeführt und dort beigesetzt. Infanterieabteilungen erwiesen dem Toten militärische Ehren.

Auch die Freimaurer marschierten

Zur gleichen Zeit, als Salengro in Lille beigesetzt wurde, veranstalteten Volksfrontanhänger in Paris einen Trauerumzug, der sich jedoch mehr zu einer politischen Kundgebung gestaltete. Viel bemerkt wurde, daß unter den „kulturellen Verbänden", die in dem Zuge mitmarschierten, auch die Freimaurerlogen vertreten waren. An der Spitze der Gruppen wurde ein Exemplar des Wochenblattes „Gringoire" mitgeführt, das mit großen Blutflecken beschmiert war.

Den mehr politischen Charakter der Trauerfeierlichkeit für Salengro erhellt auch die Tatsache, daß Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaften Sprechchöre bildeten und „Flugzeuge, Kanonen und Maschinengewehre für Spanien!" und Hochrufe auf die spanischen Marxisten ausbrachten. Zwischendurch hörte man Rufe: „Wir werden Salengro rächen!"

Die Reichskulturkammer tagt

Berlin, 22. November

Die Reichskulturkammer und die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" in der Deutschen Arbeitsfront blicken in diesen Tagen auf ihr dreijähriges Bestehen zurück. Aus diesem Anlaß findet am 27. November in Berlin die gemeinsame Jahrestagung der Reichskulturkammer und der Deutschen Arbeitsfront, NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" statt.

Auf der gemeinsamen Festsitzung mittags 12 Uhr in der Philharmonie werden der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister Dr. Goebbels, und der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, sprechen. 19.30 Uhr findet im Deutschen Opernhaus eine Festaufführung der romantischen Oper „Der fliegende Holländer" von Richard Wagner statt.

Am folgenden Tag, Sonnabend, 28. November, wird um 11 Uhr im Thronsaal des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda der Reichskultursenat zusammentreten, der von seinem Präsidenten, Reichsminister Dr. Goebbels, zur dritten Sitzung einberufen wurde.

Marxistenterror bei Marienbad

Prag, 22. November

Am Sonnabendabend sollte in Auschowitz bei Marienbad eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene Versammlung stattfinden, auf der der marxistische Abgeordnete Jaksch über das Thema „Krieg oder Frieden" sprechen wollte. Da an dieser Frage auch breite Schichten der Bevölkerung Anteil nehmen, verlangten die beiden Abgeordneten der Sudetendeutschen Partei, Frank und Köllner, als Gegenredner Eintritt in den Saal. Die marxistischen Ordner verwehrten ihnen jedoch den Zutritt, obwohl die Versammlung ausdrücklich als öffentlich angekündigt war.

Das unverschämte Vorgehen der Marxisten erregte bei den anwesenden Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei begreiflicherweise Aufregung. Sie versuchten, den beiden Abgeordneten Einlaß in den Saal zu verschaffen. Hierbei kam es zu einem Handgemenge mit den den Eingang versperrenden Marxisten, die dabei Stühle und Biergläser als Waffen benutzten. Der Regierungsvertreter sah sich schließlich infolge des Zusammenstoßes genötigt, die marxistische Versammlung noch vor Beginn zu verbieten, worauf Gendarmerie den Saal räumte.

Fünfzehn bei der Saalschlacht verletzte Sudetendeutsche mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417178867-19361123/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG